

Gewerkschaften und Friedensbewegung

eine lebendige Partnerschaft

von Hans-Jürgen Urban

Zu den Ostermärschen 2024 rufen bundesweit auch der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften auf. Dies geschieht ungeachtet der jüngst eskalierenden Rüstungsrhetorik, die sich seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine Bahn gebrochen hat. Den Aufrüstungsfantasien, die sich in nahezu allen politischen Lagern ausbreiten, scheinen keine Grenzen gesetzt.

Dabei ist das Bündnis zwischen Friedensbewegung und Gewerkschaften nicht neu. Die Gewerkschaften waren seit den Anfängen der Friedensbewegung nach 1945 für Entspannungspolitik und Abrüstung auf der Straße. Unter der Führung des Ersten Vorsitzenden Otto Brenner beteiligte sich die IG Metall 1958 an der „Kampf dem Atomtod“ Kampagne, 1966 beschließt der DGB-Bundeskongress auf Antrag der IG Metall, den Antikriegstag in der Gewerkschaftsbewegung fest zu verankern. Ende der 1970er und Anfang der 1980er verstärken die DGB-Gewerkschaften vor Hintergrund des NATO-Doppelbeschlusses und der zunehmenden Blockkonfrontation ihre friedenspolitischen Aktivitäten.

„Die Gewerkschaftsbewegung ist immer auch eine Friedensbewegung“, so formulierte es der DGB in seinem Appell „Frieden durch Abrüstung“ von 1981. Alles andere sei mit dem antimilitaristischen und internationalistischen Selbstverständnis sowie der Historie der organisierten Arbeiterbewegung nicht vereinbar. Oder, wie es Heinz Oskar Vetter, der damalige DGB-Vorsitzende im Jahr 1979 sagte: „Daß wir als Gewerkschafter gegen den Krieg, gegen jeden Krieg sind, ist doch selbstverständlich. Unsere Einheitsgewerkschaft ist aus den Erfahrungen mit Kriegstreibern und Mördern entstanden.“

Die Vorstellung eines gerechten Friedens war und bleibt das verbindende Element zwischen Gewerkschaften und Friedensbewegung. Es geht um einen Frieden, der durch die Beseitigung von Armut, die Garantie sozialer Sicherheit und gesellschaftlicher Solidarität erst die Grundlage für stabile demokratische Verhältnisse liefert. Nur auf dieser Basis kann Demokratie sich entwickeln und können Menschen weltweit selbstbestimmt, frei und solidarisch miteinander leben.

Diese Vorstellung eines *gerechten* Friedens scheint angesichts des nun zwei Jahre andauernden Krieges in Europa in weite Ferne gerückt. In der immer propagandistischeren Diskussion wird ein militärischer Sieg zum Synonym für Frieden. Und ein solcher Sieg sei durch die Lieferung von immer stärkeren Waffen und die Forcierung der dazu nötigen Aufrüstung zu haben.

Doch dabei handelt es sich um eine fatale Fehlorientierung, die – je länger sie anhält, umso größeren Schaden anrichtet. Das Recht auf Selbstverteidigung, auch bewaffnete, muss keineswegs in Abrede gestellt werden. Auch nicht für die Ukraine. Aber zum einen ist kaum nachzuvollziehen, wie eine Atommacht wie Russland militärisch in die Knie gezwungen werden soll. Militärexperten und hoch dekorierte Generäle zweifeln jedenfalls daran, dass eine alternativlose Sieg-Frieden-Strategie eine sinnvolle Orientierung darstellt.

Aber das unhinterfragte Primat des Militärischen Karte kann auch aus einem weiteren Grund nicht überzeugen. Es ist zu befürchten, dass der, durch den Aggressor Putin ausgelöste, Ukraine-Krieg für eine neue Ära globaler Konflikte steht. Nach dem Ende der Blockkonfrontation zwischen Kapitalismus und Staatssozialismus ist das Weltsystem dabei, sich neu zu strukturieren. Die bipolare Welt ist multipolar geworden. In dieser Welt kämpfen mächtige Staaten und Bündnisse darum, ihre wirtschaftlichen und politischen Einflussphären neu zu definieren, wenn möglich auszudehnen, auf jeden Fall abzugrenzen. Zu diesen Mächten gehören die alte Supermacht USA, die aufsteigende Großmacht China und die Atommacht Russland. Auch aufstrebende Staaten wie Brasilien, Indien und Südafrika sind mit Spiel.

Diese Neuaufteilung der Einflusszonen verläuft keineswegs friedlich. Auch die Nato unter Federführung der USA mischt mit. Die schrittweise, aber offensive Ostausdehnung der Nato bis an die Grenzen Russlands war Teil dieses gefährlichen Spiels. Auch wenn sich die russische Aggression gegen die Ukraine ohne den zunehmenden großrussischen Imperialismus nicht erklären lässt, die offensive Ausweitung der Einflusszone der Nato war auch nicht gerade ein Werk von Friedens- und Entspannungspolitik.

Aber Entspannungspolitik ist das, was die neue globale Ordnung braucht! Die Neuaufteilung der Welt wird weiter zu Konflikten führen. Sollen militärische Sieg-Strategien wirklich zum Goldstandard werden? Sollen sie politische Konfliktlösungsmechanismen verdrängen? Die penetrante Militarisierung der politischen Debatten, die Bereitstellung von riesigen Milliarden-Summen für Aufrüstung und die Versuche, warnende und anti-militaristische Rufe für naiv zu erklären und der Lächerlichkeit preiszugeben, lassen nichts Gutes erwarten.

Das gilt auch für die irrwitzige Debatte über eine angeblich notwendige atomare Bewaffnung der Europäischen Union oder gar Deutschlands. Dass ein gerechter Friede mit einem neuen atomaren Wettrüsten in weite Ferne rückt, ist offensichtlich. Auch heute schon und ohne neue Atomwaffen zieht der Sozialstaat gegenüber dem Rüstungsstaat den Kürzeren. Kindergrundsicherung, Energiegeld oder Inflationsausgleiche für Sozialeinkommen und Niedriglöhne leiden unter der ideologischen Schuldenbremse, aber die Bereitstellung von Mittel fürs Militär bricht alle Tabus.

Kein Zweifel, die neue Weltordnung ist intransparent und schwer zu durchblicken. Auch wir, die Friedensfreund:innen in Deutschland und Europa, sollten uns vor einfachen Antworten auf komplexe Problem hüten. Aber eines liegt auf der Hand. Mit einem neuen konventionellen oder atomaren Rüstungswettkampf, der für Kriegsgerät verschlingt, was für einen gerechten Frieden gebraucht wird, ist der Friede im 21. Jahrhundert nicht zu sichern. Und für diesen Frieden gilt es auch heute zu streiten und zu demonstrieren. Gewerkschafter:innen und Ostermarschierer:innen Hand in Hand.